

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigespaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

## Unsere österreichische Bruderorganisation.

Je länger der fürchterliche Krieg währt, je mehr Opfer und Leiden der Arbeiterschaft auferlegt werden, um so mehr zeigt sich, welche große Bedeutung dem Bestande einer gut ausgebauten, gefestigten Organisation im Kampfe der Arbeiterschaft gegen die Auswüchse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die nie so kraft zum Ausdruck kommen wie im Kriege, zukommt. Daß gerade in solch schweren Zeiten die gewerkschaftlichen Organisationen vermehrte Aufgaben zu erfüllen haben, lehrt die bereits verfloffenen 13 Kriegsmomente zur Genüge. Es ist daher nur zu begreiflich, daß viele unserer Genossen bei Ausbruch des Krieges der Befürchtung Ausdruck verliehen, es könnten bei längerer Dauer des Krieges die gewerkschaftlichen Organisationen den an sie herantretenden Aufgaben etwa nicht gewachsen sein.

Diese Befürchtungen sind — heute nach mehr als 13 Monaten des Krieges können wir dies ruhigen Gewissens sagen — nicht eingetroffen, und unsere österreichische Bruderorganisation hat, so wie alle übrigen gewerkschaftlichen Organisationen, den Beweis erbracht, daß sie, selbst unter so schwierigen Verhältnissen, wie sie der Kriegszustand mit sich bringt, in der Lage ist, die Interessen des Proletariates stets und immerwährend mit allem notwendigen Nachdruck zu vertreten. Mancher Anschlag der Unternehmer auf die Arbeitsbedingungen konnte abgewehrt werden, weil sich eben die Gewerkschaften ihre alte Schlagfertigkeit auch im Kriege zu bewahren vermochten. Nicht ist nicht abzusehen, wann dieses fürchterliche Morden wird beendet werden; aber je länger der Krieg mit all seinen Schrecken währt, um so mehr erweist sich für die Arbeiterschaft die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Organisationen; denn nur auf diese gestützt, können die Arbeiter aller Berufe in dieser schweren Zeit durchhalten.

Mehr noch als von jeder andern Organisation gilt dies für unsere österreichischen Fachgenossen, die vielleicht mehr als die Angehörigen jedes andern Berufes unter den Folgenerscheinungen des Krieges zu leiden haben. Die Verfestigung des Kleingebäudes und die durch den mitunter recht empfindlichen Mehlmangel herbeigeführte Einschränkung der Betriebe hatte eine das normale Maß oft überschreitende Arbeitslosigkeit der österreichischen Bäckereiarbeiter zur Folge. Dazu kommt, daß die Preise aller Lebens- und Bedarfsartikel in einer geradezu ungeheuerlichen Weise in die Höhe getrieben wurden, so daß selbst den in der Zuckerwarenindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen, die Hochkonjunktur zu verzeichnen haben, die regelmäßige Leistung der Beiträge außerordentlich schwer wurde. Um so höher ist es zu veranschlagen, daß es unserer österreichischen Bruderorganisation dennoch gelungen ist, die bisherigen schweren Zeiten zu überwinden. Nach all den Erfahrungen, die innerhalb der verfloffenen 13 Monate gesammelt werden konnten, kann der Überzeugung Ausdruck verliehen werden, daß unsere österreichische Bruderorganisation standhalten wird, möge da kommen, was da noch wolle. Schon die Tatsache, daß es gelang, trotz der Schwierigkeiten immer noch neue Mitglieder dem Verbands zu zuführen, lehrt, daß die Organisation nichts von ihrer Werkkraft eingebüßt hat. Zu bedenken ist, daß die agitatorische Tätigkeit unserer Genossen außerordentlich schwer unter den Schwierigkeiten zu leisten hatte, die sich insbesondere in den letzten Monaten vor dem Einbringen der neuen Getreideernte bei der Versorgung der Bevölkerung mit Mehl und Brot ergaben. Durch die Schwierigkeiten der Mehlbeschaffung war insbesondere in der Provinz eine Reihe kleinerer Bäckereimeister gezwungen, teilweise ihre Geschäfte ganz zu verlassen, teilweise reduzierten sie ihren Arbeiterstand auf das wenigstens notwendigste Personal. In außerordentlich vielen Fällen war auch die Tatsache zu verzeichnen, daß die Unternehmer die bei ihnen bis Kriegsausbruch beschäftigten Arbeiter entließen und an deren Stelle angelernte Ar-

better wie auch Lehrlinge einstellten. All dies führte naturgemäß zu einer Verringerung der in den Bäckereien beschäftigten organisatorisch zu erfassenden Arbeiter. Und wenn gleich auch in der Zuckerwarenindustrie diese Umstände nicht zuträfen, so darf doch nicht übersehen werden, daß infolge des in diesem Berufe herrschenden Arbeitermangels die Unternehmer an Stelle der männlichen Arbeiter weibliche Arbeitskräfte — nicht nur in Fabriken, sondern in neuester Zeit auch in den größeren Konditoreien — einstellten, die bei der herrschenden Lernerung und den außerordentlich minimalen Löhnen, die sie erhalten, derzeit außerordentlich schwer für die Organisation gewonnen werden können. Daß es unsern österreichischen Bruderverbänden dennoch gelang, unter solch schwierigen Verhältnissen neue Mitglieder zu gewinnen, zeigt, daß bei einigem guten Willen und Ausdauer der in Betracht kommenden Funktionäre so manches durch den Kriegszustand bedingte Vorurteil zerstreut werden kann, wie auch, daß der österreichische Verband unserer Berufsgenossen standhalten wird allen Anstürmen zum Trotz, nur nach Beendigung des Krieges mit neuen Kräften für die Hebung der sozialen Lage der in der Bäckerei- und der Zuckerwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen kämpfen zu können. Und wie notwendig es gerade für die in der Zuckerwarenindustrie Beschäftigten ist, daß nach Beendigung des Krieges der Kampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln um die Hebung der sozialen Lage geführt wird, lehrt die Tatsache, daß selbst in Wien noch in den Zuckerwarenfabriken weibliche Arbeitskräfte mit einem Anfangslohn von Kr. 8 bis 10 (3 55 G) beschäftigt werden.

Kann also mit Befriedigung festgestellt werden, daß es möglich war, neue Mitglieder dem Verbands zu gewinnen, so kann mit ebenso großer Genugtuung andererseits auch festgestellt werden, daß es auch gelungen ist, die „Drückbergerei“ auf ein verhältnismäßig geringes Maß herabzubringen. In nachfolgendem geben wir Aufschluß über die Mitgliederbewegung seit Ausbruch des Krieges: Stand der Mitglieder am 30. Juni 1914 10 075, vom 30. Juni 1914 bis 31. August 1915 neu beigetreten 1864, zusammen 11 439, zum Militär eingezückt 5867, Stand am 31. August 1915 3232. Die Eingezogenen hinzugerechnet, verbleiben der Organisation heute noch 8599 Mitglieder.

Die Gegenüberstellung obiger Zahlen ergibt also einen scheinbaren Verlust von 2840 Mitgliedern. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß infolge der Invasion Galiziens durch die Russen dem Verbands 1119 Mitglieder und durch die Ausdehnung des Krieges auf die südlichen Verbandsgebiete rund 500 Mitglieder verloren gingen, so daß ein effektiver Verlust von nur reichlich 1200 Mitgliedern zu verzeichnen ist, eine Zahl die aber wohl noch niedriger sein dürfte, weil ein Teil der zum Militär eingezogenen Mitglieder es unterlassen hat, seine Einrückung zu melden. Es ist also der Mitgliederverlust in Anbetracht der außerordentlichen Verhältnisse, unter denen unsere österreichische Bruderorganisation zu leiden hat, durchaus nicht so groß, daß er etwa irgendwelche Bedenken hervorzurufen geeignet wäre.

Beachtet werden muß auch noch, daß ein großer Teil der in der österreichischen Bruderorganisation als verfallen geführten Mitglieder infolge der schwierigen Verhältnisse in der Bäckerei zu andern Berufen übergegangen ist und sich nun dem im neuen Berufe wirkenden Verbands angeschlossen hat. Wie groß die Arbeitslosigkeit unserer österreichischen Fachkollegen war und teilweise auch heute noch ist, geht aus nachstehender Zusammenfassung hervor:

Monat 1914	Mitglieder arbeitslos	hierunter unterstützt
Juli	774	480
August	274	180
September	272	132
Oktober	248	147
November	211	98
Dezember	262	122

Monat 1914	insgesamt	hierunter unterstützt
Juli	14323	4898
August	3702	3041
September	5287	1739
Oktober	2578	1680
November	3238	1346
Dezember	4489	1343

Monat 1915	Mitglieder arbeitslos	hierunter unterstützt	Monat 1915	insgesamt	Tagen hierunter unterstützt
Jänner	310	190	Jänner	5721	2068
Februar	348	208	Februar	5229	2503
März	513	208	März	11795	3347
April	861	403	April	16716	5766
Mai	681	250	Mai	12307	6133
Juni	564	187	Juni	15364	4308
Juli	368	262	Juli	9273	2607

Daß diese schwierigen Verhältnisse sich auch fühlbar machen mußten in der Summe der vom Verbands zur Anzahlung gebrachten Arbeitslosen- wie auch Notfallsunterstützungen, liegt auf der Hand. Diese Summen übersteigen weit das Maß dessen, was eine gewerkschaftliche Organisation, deren Hauptzweck doch vorwiegend der gewerkschaftliche Kampf ist, für diese Zwecke eigentlich ansehen darf. Wurden doch seit Ausbruch des Krieges an Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützung nicht weniger als Kr. 91 357,10 ausgezahlt. Bedenkt man, daß die Einnahmen infolge des Mitgliederrückganges ganz bedeutend zurückgegangen sind, und andererseits trotzdem diese Unterstützungen ungekürzt zur Auszahlung gelangen konnten, so beweist uns diese Tatsache, daß die finanziellen Einrichtungen unseres Bruderverbandes nunmehr auf gesunder finanzieller Basis aufgebaut sind. Sie gibt uns aber auch zugleich die Gewißheit, daß diese Organisation allen in Zukunft an sie herantretenden Anforderungen wird entsprechen können.

So groß also die Schwierigkeiten sind, unter denen unsere österreichischen Kampfesbrüder zu leiden haben, die Erfahrungen der 13 abgelaufenen Kriegsmomente lehren, daß uns zum Bestand ihrer Organisation nicht zu bangen braucht, wenn auch weiterhin alle Kollegen voll und ganz ihre Pflicht erfüllen. Dann wird es unserer österreichischen Bruderorganisation auch in Zukunft möglich sein, mit altbewährter Schlagkraft für die Interessen ihrer Mitglieder eintreten zu können. Daß diese Pflicht aber erfüllt wird, dafür bürgt die ganze Vergangenheit unserer Bruderorganisation. R. P.

## Zum Nachtbrotverbot.

Es hat fast den Anschein, als sollte jetzt, nachdem die Regierung mit einem Entwurf zur dauernden Befestigung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe an die Öffentlichkeit gekommen ist und Beratungen darüber stattgefunden haben, seitens der Gegner eines Nachtbrotverbots nun erst recht der Kampf entzweit. Das unerwünschte Schauspiel, das die Leitung des „Germania“-verbandes dadurch der Welt bot, daß sie es allen recht machen wollte und, obgleich die Mehrheit der Innungen und die erdrückende Mehrheit der Meister für das dauernde Verbot gestimmt hatte, nur ganz launhaft für ein solches eintrat, hat den eigennütigen Feinden der Tagarbeit den Rücken gestärkt und sie machen jetzt bald noch mehr Wirrn in der Innungs- und Brotfabrikantenpresse als früher. Die Gehilfenschaft darf also noch keineswegs die Hände in den Schoß legen; denn noch ist die Tagarbeit durchaus nicht aus aller Gefahr. Das bedauerlicherweise auch die Konjunktionsgenossen und ihr Organ die Lage im Bäckergewerbe vollständig verkennen und wegen einiger dreißig Betriebe mit knapp anderthalbtausend Arbeitern, die dreischichtig und also nur jede dritte Woche einmal des Nachts arbeiten, einfach verlangen, für solche Betriebe die Nachtarbeit zu gestatten, sich also in diesem Falle sozialpolitisch reaktionärer als die Regierung erweisen, wurde bereits in letzter Nummer durch den Verbandsvorstand hervorgehoben. Auch der „Brotfabrikant“ stellt sich aber nur an, als ob jeder, der sich gegen eine weitgehende Befestigung von Vorarbeiten wendet, den Großbetrieb erdroffeln wolle und spricht schlankwegs von einem Kampfe gegen die Brotfabriken! Das sind Uebertreibungen, die sich schon durch die bisherigen Geschäftsergebnisse während des zwölfstündigen Nachtbrotverbots widerlegen lassen, und es ist nur zu wünschen, daß die Regierung nach wie vor, wie in ihrem Entwurfe vorgelesen, alle Betriebe in bezug auf die Arbeitszeit gleich behandelt. Neben den Geanern der Tagarbeit melden sich allerdings auch noch mehr Freunde derselben und wir wollen heute einige dieser Stimmen wieder anführen, weil sie unsern Kollegen bei ihrer weiteren Agitation von Nutzen sein können. So schreibt in der „Günterischen“

Zeitung Meister Reinhard Schumann, Offiebad Joppot, am Schlusse längerer Ausführungen: „Lasse ich nur keiner graulich machen von den Redensarten: Durch den teilweisen oder gänzlichen Fortfall der Weißbäckerei wird noch mancher Kollege über Bord gehen; solche Rederei kann leicht erfüllt sein. Wenn jetzt der Bedarf an Weißware geringer ist, so sind doch nur die Kriegsergebnisse daran schuld: jeder kann jetzt nicht so viel Semmel kaufen, wie er gern möchte, da er sonst mit seiner Brotkarte nicht auskommt. Jemandem Ausnahmen zu machen, zum Beispiel in ländlichen Bäckereien usw., möchte ich nicht empfehlen; am besten wäre eine Arbeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends ohne jede Ausnahme, gültig für alle Betriebe, ob Handwerks-, Fabrik- oder Hotelbetrieb.“

Und in der Stuttgarter „Allgemein“ sagt Jb. Or. aus Ulm: „Wem gegen meinen und vieler anderer Willen die Nacharbeit meiner Erzeugnisse in unserm Gewerbe hält, so halte ich dies für einen großen Fehler. Wie leicht werden wir es bei der Lagersarbeit mit der Einstellung von Beurlaubten haben? Denn Tugende von Konfirmanden haben unser Handwerk wegen der Nacharbeit geübt und verachtet, ja sogar verpöblich. Wem auch ein Teil unserer Kollegen (vom Lande) sich der Lagersarbeit ungenügend anschließen wollen, so müssen sie sich eben in das Unvermeidliche fügen, denn die Macht der Gewohnheit überwindet alles: und eingelehrt haben wir uns ja seit dreizehn Jahren. Andererseits muß sich das Publikum eben begnügen, zu welcher Zeit vorrätig, statt in aller Frühe, es frische Backwaren erhält. Ja, meine Wenigkeit hat schon seit einem halben Jahre dem „Sonntagbäcker“ den Garaus gemacht, und mein Personal und ich haben es wie andere Arbeiter, Ruhe und Pause vom Samstagabend bis Montag früh. Mein Kollege wird es mit Widerstreben können, daß eine recht fühlbare Lichterparade bei Ausübung der Lagersarbeit zu unserer Wohlfahrt einstellt wird. Wenn nun meine Gegner sich hierüber äußern, rufe ich heute denselben zu: Gehen jeden recht gelassen, in eine Kunst, die niemand kann. Ich betrachte es als einen großen Rückschritt unserer Lebens-, wenn wir nicht der hellen Lagersarbeit freudig die Hand reichen und der trüben Nacharbeit mit leichtem Herzen den dauernden Abschied unterschreiben.“

Auch Meister Traut (Heilbronn) hat recht, wenn er sagt: „Heute nun, da die ganze Bäckereiarbeiterschaft sowie ein großer Teil der Meister für die Beibehaltung der Lagersarbeit sind, wird sich hoffentlich der Reichstag von den haltlosen Erwägungen der Gegner nicht beeinflussen lassen. Und wir wollen uns durch die Beibehaltung der Lagersarbeit nicht unnötig beeinträchtigen: denn ein jeder Kollege wird sich noch erinnern, daß nach Einführung der Lagersarbeit, am 15. Januar, der Umzug an Beständen ein ungewöhnlich großer war, die Brotkrumen wurden abends warm geholt und morgens noch einmal. Ferner wollen wir auch die Großbäckerei nicht fürchten und wollen uns sagen: Was eine Großbäckerei kann, das wollen wir auch können. Im Gegenteil, wenn wir uns mit den technischen Eigenschaften der Kunst einrichten und bleiben bei unserem Geschäft, wie sich's für einen Kleinmeister gehört, dann sind wir in jeder Hinsicht einem Großbetrieb mit seinen teuren Arbeitern überlegen. Auch den Kollegen auf dem Lande, welche meist noch in der Landwirtschaft oft bis in die Nacht hinein beschäftigt sind, möchte ich ihre gute Nachtruhe gönnen und ihnen raten: der Mensch lebt nur einmal. Und was die Gesundheit ist, vom gesundheitlichen Standpunkte aus betrachtet: Ist es vielleicht angebracht, daß die mit der Herstellung des unedigen Nahrungsmittels betrauten Personen mit matten Gliedern und in schlaftrunkenem Zustand die Arbeit verrichten, wie das bei der Nacharbeit so manchmal der Fall ist? Wer will das leugnen? Wir gehen aus einer vollständigen Umwälzung im ganzen Bäckereiwesen entgegen und wäre man die beste Gelegenheit, auch im Bäckereiwesen eine Verbindung herbeizuführen, damit wir uns halb sagen können: Jetzt wird's Log.“

Schließlich schreibt J. R. E. dort noch: „Denn mit Hilfe der Lagersarbeit entgegensteht: sie kommt und wird die erste

und schönste Frucht des Weltkrieges für unser Handwerk und für die heimkehrenden Kollegen sein.“

Das sind vernünftige Ansichten, und unsere Kollegen werden sie zu benutzen wissen!

**Die örtliche Zentralisation der Arbeitsvermittlung.**

Die neueste sozialpolitische Errungenschaft sind die „Zentralauskunftsstellen“, die jetzt auf Empfehlung der Regierungen in allen größeren Orten errichtet werden sollen. Im Mai 1915 erschien eine Bundesratsverordnung, nach der alle nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweise (also vorzugsweise diejenigen der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen) sich beim kaiserlichen Statistischen Amt in Berlin zu melden hatten. Gleichzeitig erhielten diese Arbeitsnachweise die Verpflichtung, ihre nicht erledigten Arbeitsgesuche und offenen Stellen wöchentlich zweimal bei demselben Amt anzumelden, damit in dem „Arbeitsmarktanzeiger“ eine entsprechende Be-

**Schickt regelmäßig allen Verbandsmitgliedern und auch andern bekannten Kollegen im Waffenrock das Verbandsorgan zu! Scheut keine Mühe, ihre genaue Adresse stets zur Hand zu haben. Kein Mitglied darf während des Krieges dem Verbandsentfremdet werden!**

kanntmachung erscheint. Von dieser letztgedachten Meldepflicht können alle diejenigen Arbeitsnachweise befreit werden, die im Jahre weniger als 200 Stellen vermitteln oder die einer örtlichen Sammel- oder Zentralstelle angehören, die diese Meldung für den ganzen Ort be sorgt.

In Ergänzung dieser Verordnung geben jetzt die Ministerien in den einzelnen Bundesstaaten Erlasse heraus, die insbesondere die Ausgestaltung einer näheren Verbindung der Arbeitsnachweise an den größeren Orten bezwecken. Es wird auf die Zersplitterung der Arbeitsvermittlung in den größeren Städten hingewiesen und betont, daß ein Ausgleich in der Arbeitsvermittlung unter den einzelnen Arbeitsnachweisen sehr ratsam ist. Es sollen deshalb möglichst in allen größeren Orten „Zentralauskunftsstellen“ errichtet werden. Die höheren Verwaltungsbehörden (in Preußen die Regierungspräsidenten) werden ersucht, alsbald unter Hinzuziehung der Verwaltungen der nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweise zu erwägen, wie ein engeres Zusammenwirken aller Arbeitsnachweise eines Ortes durch Schaffung von Zentralauskunftsstellen oder ähnlichen Einrichtungen herbeigeführt werden könne. Die Stellen sollen zum Mittelpunkt der ganzen Stellenvermittlung am Orte werden und alle einschlägigen Arbeiten wie Arbeitsmarktmarkt, Auskunftserteilung in Fragen der Arbeitsvermittlung usw. erledigen. Ueber die nähere Organisation dieser Zentralauskunftsstellen bestehen keine Vorschriften.

Man kann die ganze Einrichtung als einen, wenn auch sehr kleinen Fortschritt betrachten. Die Zentralauskunftsstelle soll der Anfang des örtlichen Arbeitsamtes sein, das insbesondere von den Vertretern der Arbeiterbewegung schon längst gefordert wird. Jetzt wurde im März dieses Jahres von einer großen Zahl von Arbeiterorganisationen unter Führung der Generalkommission der freien Gewerkschaften an die Reichsregierung eine Eingabe eingereicht, in der für jede größere Gemeinde mit ihren Vororten sowie für je einen Bezirk von kleineren Gemeinden ein Arbeitsamt verlangt wird. Die Verwaltung soll sich zusammensetzen zu gleichen Teilen aus Vertretern der Unter-

nehmer und Arbeiter auf Grund einer Verhältniswahl. Die Leitung soll einem unparteiischen Vorsitzenden übertragen werden. Die Aufgaben der Arbeitsämter sind in der Eingabe näher dargelegt. Der Reichstag stimmte in seiner Sitzung vom 20. März 1915 diesen Forderungen zu und ersuchte die Regierung um die Vorlegung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes. Der Staatssekretär des Innern gab zu, daß auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises die bestehenden Verhältnisse nicht ideal seien. Es sei aber nicht angängig, während des Krieges eine umfassende Regelung dieser Frage vorzunehmen.

Es muß schon jetzt darauf gesehen werden, daß die „Zentralauskunftsstellen“ den Anforderungen entsprechen, die billigerweise die Arbeiter an sie stellen dürfen. Vor allem wird darauf zu achten sein, daß sie eine möglichst demokratische Organisation erhalten und in der Anteilnahme an der Verwaltung die Gewerkschaften nicht übergegangen werden. Anscheinend bemüht sich der Verband deutscher Arbeitsnachweise sehr, die neuen Organisationen ganz in seine Hände zu bekommen. Hiergegen ist mit Rücksicht auf die Bestrebungen dieses Verbandes Stellung zu nehmen. Die Zentralstelle soll die Institution sein, die der Organisation der Arbeitsnachweise neue Wege ebnet. Sind die Gewerkschaften bei der Errichtung der Zentralstellen unberücksichtigt geblieben, so kann Beschwerde an den Regierungspräsidenten erhoben werden. Öffentlich wird sich in der gegenwärtigen Zeit nicht die Notwendigkeit hierzu herausstellen.

**Wirtschaftliche Rundschau.**

Von Julius Kaliski.

Das Ergebnis der Zeichnung auf die dritte Kriegsanleihe von mehr als 1,2 Milliarden Mark wurde mit Stolz und Freude aufgenommen, erregte aber kaum noch Ueberraschung. Auch hierin zeigt sich der Wandel vieler Begriffe und Vorstellungen; denn nur der Versuch, eine Mobilisierung derartiger Kapitalmassen als möglich hinzustellen, wäre noch vor kurzem als Ausfluß einer krankhaften Phantasie angesehen worden und abgetan gewesen. Die vorangegangenen Anleiheerfolge hatten zur Erkenntnis auch der finanziellen Kräfte Deutschlands geführt und die Ansprüche an die eigene Leistungsfähigkeit ganz außerordentlich angehoben. Durch die Tat wurde bewiesen, daß dieses gesteigerte Bemühtsein gerechtfertigt war. Als die größte Finanzoperation der Weltgeschichte hat Staatssekretär Helfferich die dritte Kriegsanleihe bezeichnet; sie wächst an Bedeutung angeht der 1 1/2 Milliarden Mark, die mit den beiden ersten deutschen Kriegsanleihen bereits ausgebracht worden sind. Eine treffliche Schilderung der Voraussetzungen für das Gelingen dieser Operation gab in knappen Worten Reichsbankpräsident Havenstein in der letzten Sitzung des Zentralauskunftsausschusses der Reichsbank. „Was der Krieg an Ausgaben und Auswendungen erfordert“, führte er aus, „ist fast ganz im Lande geblieben und hat hier die alte Arbeit weitergeführt, neue Arbeit geschaffen und dadurch immer neue Ersparnisse und Kapitalbildung bewirkt, die für die Anleihe verfügbar wurden; darüber hinaus aber hat die Hingebung aller Volksschichten und Berufsstände auch die Ersparnisse früherer Jahre durch Beleihung mobil gemacht, soweit diese aufgenommenen Schulden in absehbarer Zeit durch neue Ersparnisse und Einnahmen wieder abgedeckt werden kann. Und dazu traten endlich größere Beiträge an Betriebskapitalien, die der Krieg und die ununterbrochene Wirtschaftsführung flüssig gemacht hatten. Vom kleinsten Sparrer bis zum größten Kapitalisten hat jeder dem Reiche dargebracht, was er an Mitteln verfügbar hatte oder verfügbar machen konnte. So ist diese dritte Kriegsanleihe mehr noch als die beiden ersten zu einer Volksanleihe im wahrsten Sinne des Wortes geworden und zu einem neuen Zeichen ruhiger, selbstbewusster Kraft, aber auch des Vertrauens auf unsere Waffen und auf den Ausgang des Krieges und des Willens, durchzuhalten, so lange es unsern Gegnern

**Briefe aus dem Felde.**

Stimme aus dem Westen

Sendet uns ein Kater Kollage und schenkt dabei folgendes Stimmungsbild:

19. September 1915.

Meine Kollegen! Es ist nichts Schweres zu erwarten als eine Reihe von guten Tagen. So hat sich unser Alltäglicher Goethe je wohl und geübt. Der Glücklichste hat ja auch nicht den entscheidenden, langwierigen Stellungstreng kennen gelernt, sonst hätte er ohne Zweifel damals Bezug genommen. Ich für meine Person wäre bereit, es auf eine Probe ankommen zu lassen, welche Art Kollage zu erwarten wäre. Unentschieden als die die Entscheidung der jetzigen Lage, unentschieden als die letzte Unterbrechung der persönlichen und geistigen Freiheit können auch wunderbar gute Tage nicht sein.

Ein Tag gleicht dem anderen, wie eine eintönig große Kette, ununterbrochen, so schleichend die Tage dahin. Man lebt so in den Tag hinein und weiß oft nicht, ob Freitag, Sonnabend oder gar schon wieder Sonntag. Jeder Tag daselbe charakteristische Gepräge, jeder Tag dieselbe Eintönigkeit — verlorener Lebenszeit.

Es beruht auch teilweise bewußtlos unangenehm, als sich eines Morgens die Bekanntschaft erweckt: Unklare Sachen vorra und zur Selbstbestimmung der nun inkontinenten Tuscheln abzurufen. Langsam über die Art meines Amtes noch unentschieden Unangenehm lagerte, begründete ich die Abneigung, die mir herabgehoben worden war, freudig. Ich würde meine Sachen, die ja im Laufe des Krieges nicht gerade weniger geworden sind, heilig den mir Lebensverhältnisse von Herrschaft geübten Tagen und ab ging es. Der Morgen ging in Eile weiter, doch gelang es mir, durch meine jetzigen unentschieden, in entscheidender Stimmung zu bleiben. Er selber war gar nicht kommen, desto mehr würde man dem Krieg. Es möchte einer sein wieder so ein wie in jenen Tagen, wo es in Gedächtnis durch Selbsten ging. Selbst immer nur in meinem Gedächtnis an. Auch wenn die Erinnerung erlosch ich dann, daß meine der Kollage hatte, das Gedächtnis für die Offiziere der Tuscheln herabstellen.

Verlangt man die Sache noch nicht genügend geklärt, ich habe es in den Tagen Zeit, um meine meine Tuscheln herab, nicht unangenehm abzurufen. Während der letzten Zeit des Letzten unangenehm erhalten und auch noch

gerade bemerkt ist, liegt der nördliche Teil völlig in Trümmern. Ganz für Haus zerfallen, angebrannt, nur die letzten, geschützten Räume stehen noch. Ein oder, immer anklagender Anblick: eine ergreifende Trostlosigkeit liegt über dem Ganzen ausgebreitet. Wenn man durch die Mienenfelder der alten römischen Städte wandelt, so sollen diese Andenken einer großen Zeit einen ehrwürdigen, wehmütigen Eindruck hinterlassen. Doch hier, wo Menschenwert durch Menschenhand vernichtet wurde, habe ich davon nichts gespürt. Rechts und links der Straße, in den letzten Vorgärten, auf hohen Böden und auch auf den Höhen, wo der Kampf gerade getobt, wo das Schicksal den einzelnen ereilt — da erheben sich die einfachen, schlichten Holzkreuze: Soldatengräber. Ich sah viele hier, und in diesen Tagen fährt es sich, wo hier das Gericht stattgefunden. Mitten in einem in goldbrauner Erde schimmernden Rosenfeld ragt ein Kreuz empor. Lilien, Lilien, geht die Mähmaschine; Palm am Palm fällt, bis endlich, mitten in der Einfassung, nur noch das Kreuz emporragt, stehend, daß hier längst eine andere Erde gehalten wurde. Auch im Schloßpark, der weit das hier liegende Schloß eines französischen Rennballbesizers umgibt, liegen Gräber. Unter breitägigen Ästen, knorrigen Eichen, schlängelnden Silberweiden, im unruhigen Halbduffel hochragender Lebensbäume, dämmiger Hochbuchen ruhen sie, für die ihr Leben für die Fremde gegeben — ihr Leben.

Es heißt schwer, man je dem Profanen des Alltäglichen herüberzuleiten. Doch es muß sein; ich muß nämlich der kommenden Kollegenzeit haben, daß ich einen geistig-verwandten Freund gefunden habe. Mir ist Heil widerfahren, Hoffentlich er wird mir's angetan.

Ich las nämlich vor einiger Zeit in der Tagespresse — bitte, nicht etwa im „Wahren Jacob“ —, daß Herr Heil die schließliche Festhaltung des Neugschicks damit befürwortete, daß je ein schones, gelbes, appetitliches Brötchen des Morgens zum Helfer die Stimmung des ganzen Tages günstig beeinflusse. Ich einem angesichts einer solchen Augenweide, voransteigend, wenn ich nicht fertig und hat gerade den Koffer verlegt, das Herz weit und der Kopf klar wird, ich einem in solcher Stunde die gegenseitigen Pläne einfallen und, nachdem man verschiedene dieser kumpferigen Dingen hat, man auch mit der nötigen Laune? Was geht. Warte da denn noch nichts, lieber Handwerker? Wer hat denn all die herrlichen Tage ertrogen lassen? Ja

tistelt man an den Lehren des alten Clausewitz herum, redet von strategischen Talenten, und auf das nächste kommt man nicht. „Unser Verdienst, die bleiben im stillen.“ Aber was beide, Heil und ich — ich nenne Heil ausdrücklich zuerst —, beide bingeln uns mit wissendem Augenzwinkeln zu. Wir hätten mal sehen mögen, wenn Hindenburg morgens kein Brötchen gehabt hätte, wo die genialen Pläne geblieben wären, erst wie er so die wackigen Finger liegen sah, da würde es ihm hell, und wie er so eins nach dem andern karbonierte da dachte er ganz selbstverständlich: „Galt, so muß du die Küssen auch kriegen. Immer einen nach dem andern.“ Und die Presse und die Sachverständigen beschäftigen sich mit Clausewitz! O, blinde Welt, was trabbelt Du im Dunkeln! Über lange genug hat jetzt unser Licht unter dem Schiffe gestanden, lange genug haben wir bescheiden stille geschwiegen, jetzt soll man auch die Verdienste des Handwerks mal anerkennen. Das Vaterland ist uns zu großem Dank verpflichtet. Und wenn, was ja nicht ausbleiben kann, uns als besondere Ehrung gestattet wird, nach dem Kriege den Regen weiter zu tragen, dann möchte ich vom ästhetischen Gesichtspunkt aus vorschlagen, die trummern Säbel unserer Bundesbrüder in Gallmonde zu nehmen; es ist wegen der Einheitlichkeit des Stils.

So, nun wist Ihr auch gleich meine Stellung zur Frage des Nachbaderbois. Wer für Fortschritt und Kultur ist, wer dafür ist, daß Deutschland auf dem Gebiete der Technik und Industrie an erster Stelle bleiben soll, der kann auf die frühen Morgenbrötchen (also auf die Nacharbeit) nicht verzichten, der darf nicht Rücksicht nehmen auf die Bequemlichkeit einer anspruchsvollen Arbeiterklasse. Ob nun ein paar tausend bleicher, hohlwängiger, übermäßig alter Menschen mehr bewilligen, ob Tausenden das Familienleben gestört wird, ob künftige Generationen mit den Krankheitskeimen der Präteritankheit geboren werden, weil die Väter allen Platz gegen hochsprühende Nacharbeit um des verbildeten und schmades Hypnerodier willen verrichten müssen — was ich das große Geister. Wir hatten's schon noch aus und — und — die Einsicht. Ich möchte noch vorschlagen, daß in den Frühbrötchen gleichzeitig wahrheitsgetreue Abbildungen von Nachbäckern geliefert werden. Derartige Bilder auf bleichen, überachtigten Menschen in der ungelunden, warmen, mehlschneidgeschwängerten Backstube, würde die Stimmung noch bedeutend erhöhen — und auch den Krieg. Mit herzlichem Grüßen Otto L.

gefällt. Und das Ergebnis dieser dritten Kriegsanleihe ist wahr und echt wie das der ersten beiden, bei denen im freien Börsenverkehr der Preis auch nicht an einem einzigen Tage unter den Ausgabepreis gesunken ist, sondern sich durchweg darüber gehalten hat.

Für einen glatten Ablauf der Einzahlungen auf die jüngste Kriegsanleihe sind die besten Aussichten vorhanden. Geld ist am offenen Markt billig; für tägliches Geld wird kaum 2 pZt. gezahlt, der Privatkontostell stellt sich auf 4 pZt. Stark entlastet sind die Reichsdarlehnskassen. Nach dem Ausweis vom 23. September haben sich die von den Darlehnsklassen ausgeliehenen Darlehen weiter um 15,4 auf 1026 Millionen Mark verringert, und zwar ist dieser Rückgang durch Abzahlungen erfolgt, die auf Vorschüsse für die zweite Kriegsanleihe geleistet wurden. Insgesamt betragen diese Vorschüsse am 23. September nur noch 254,6 Millionen Mark. Das ist gegenwärtig die ganze Summe, mit der die Reichsdarlehnsklassen von Zeichnern der zweiten Kriegsanleihe noch zur Flüssigmachung von Geldern in Anspruch genommen werden.

Bald nach Ausbruch des Krieges wurde der Plan aufgenommen, durch U. a. Gründung des Dynamitrufts den bestimmenden Einfluß der Nobel-Dynamitruust Company in London auf die maßgebenden deutschen Sprengstofffabriken auszuschalten. Dieses Bestreben fand in England Gegenliebe; denn um eine Auseinandersetzung der bisher eng verflochten deutsch-englischen Sprengstoffinteressen herbeizuführen, war neben der Zustimmung der deutschen Regierung natürlich auch die der englischen erforderlich. Seit langen Jahren bestand eine durch Verträge gebundene Interessengemeinschaft zwischen Dynamit- und Pulverfabriken Deutschlands, Englands und verschiedener anderer Länder unter Kontrolle der schon genannten Dynamitruust Company; erst 1918 wurden die verchiedenen Verträge bis zum Jahre 1950 verlängert. Bewirkt wird die Trennung des Ruustvertrages dadurch, daß der Londoner Dynamitruust seinen Besitz an Aktien deutscher Sprengstoffgesellschaften, so der Dynamitruustgesellschaft vormals Alfred Nobel & Co. in Hamburg, der deutschen Sprengstoffgesellschaft, der Rheinischen Dynamitfabrik in Köln und der Dresdener Dynamitfabrik gegen Übernahme der in deutschen Händen befindlichen Aktien der Ruust-Company austauscht. Ingesamt stellt sich der deutsche Besitz an Ruustaktien auf etwa 88 Millionen Mark, ein Betrag, der etwa 60 pZt. des Aktienkapitals der Gesellschaft entspricht. In der Generalversammlung der Dynamit- u. P. v. m. Alfred Nobel & Co. in Hamburg, unter deren Führung die Trennung vom alten Dynamitruust bei gleichzeitiger Erneuerung des deutschen, ebenfalls ruustartigen Kartells, erfolgt, wurden die entsprechenden Vorschläge genehmigt. Zur finanziellen Lösung der deutschen Interessen von der englischen Gesellschaft behält die Hamburger Gesellschaft ihr Kapital um 24 auf 36 Millionen Mark. Nach Mitteilungen der Verwaltung ergab sich zwischen den dem Generalkartell angehörenden deutschen Sprengstoff- und Pulvergesellschaften beim Ausbruch des Krieges Übereinstimmung dahin, daß die Kartellbeziehungen zu den britischen Gesellschaften unmöglich seien, daß dagegen die Fortsetzung des deutschen Kartellverhältnisses sowohl aus geschäftlichen Gründen als auch im Interesse der nationalen Verteidigung dringend geboten sei. Es wurden infolgedessen die Aufnahmeverträge zum Generalkartellvertrag aufgeführt. Die deutschen Kontrahenten des Generalkartellvertrages verpflichten die Zusätze desselben dergestalt, daß unter Ausschließung der britischen Gesellschaft und ihrer Gewinne künftighin der gesamte Gewinn der deutschen Sprengstoffgruppe und der deutschen Pulvergruppe (aus diesen beiden Gruppen besteht die Sprengstoffgesellschaft) im Verhältnis von 50 pZt. zu 50 pZt. unter die beiden Gruppen verteilt werden soll, jedoch mit der Maßgabe, daß nach Verteilung des Gesamtgewinns die Sprengstoffgruppe aus ihrem Vermögen an die Pulvergruppe alljährlich 4 318 550 zahlt. Die englische Dynamitruust-Co. hat der Kündigung und der Erneuerung des Kartellverhältnisses mit den deutschen Gesellschaften zugestimmt. Ferner sind zwischen den im Generalkartell vereinigten deutschen Gesellschaften verschiedentlich untereinander noch besondere Vereinbarungen über die Verteilung der Gewinne getroffen worden. Eine symptomatische Bedeutung für die fernere Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen haben diese Vorgänge in der Sprengstoffindustrie keineswegs; denn die Lösung entsprang nicht reinen Kapitalinteressen, sondern Erfordernissen der nationalen Verteidigung. Die unzulässigen Fäden, die das Wirtschaftsleben aller Länder verbunden, werden, wo sie jetzt der Krieg zerriß, nach einem Friedensschluß hier schneller, dort langhinner wieder aufgenommen und neu geknüpft werden.

Neben der in erster Stunde erfolgten Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenpaktats, mit dessen Fortführung bei der Abneigung der Jochen gegen das sonst unvermeidliche Zwangspaktat trotz der bekannten Gegenstände unter den Gesellschaften zu rechnen war, sind verschiedene Verträge kleinerer Kartelle und Konventionen in der letzten Zeit verlängert worden. Zustande kamen mehrfach auch Verträge zwischen Fabrikantenverbänden und Händlervereinigungen, die für die künftige an dieser Stelle besprochene Reglementierung des Handels charakteristisch sind. Als Beispiel kam der Vertrag gelten, den das Kartell der Steingutindustrie mit dem Zentralverband der Großhändler der Wasserleitungsbranche abgeschlossen hat. Die wesentlichsten Punkte dieses Vertrages sind, daß die Werke sich verpflichteten, auf zunächst fünf Jahre hinaus nur an Mitglieder der Händlerverbände oder an von denselben genannte auktorisierende Händler zu liefern, während die Händlerverbände sich für den gleichen Zeitraum verpflichten, ihren Gesamtbedarf bei dem Steingutkartell, das Vereinigte Deutsche Steingutwerke firmiert, zu decken. Ferner werden Preise und Bedingungen gemeinsam festgelegt. Zum Kartell gehören nach der „Frankfurter Zeitung“ die Fabriken: Billeroy & Koch in Mettlach, Dresden, Wasserlangen und Merga, Diamant-Steingutwerke Frankfurt a. M., G. u. P. in Hildesheim a. M., Franz Anton Meißner in Bonn, Steingutfabrik Mittelburg in Franz a. M., Gebr. Urbach in Teplitz in Böhmen, Hirschner & Co. in Saurgemünd, Schwarzpulver Steingutfabrik in Hainberg, Ludwig Wessel u. G. in Bonn, Fabrik Tecklenberg Steingutwaren in Preßlau, während der Zentralverband der Großhändler sämtliche in Deutschland

bestehenden Verbände der Wasserleitungsbranche umfaßt. „Händlerbund“ ist dieses Vertragssystem gelegentlich genannt worden, der Bund besteht darin, daß dem Handel ein bestimmter Gewinn als Entgelt dafür zugebilligt wird, daß er nur Fabrikate des Fabrikantenkartells unter Einhaltung der ihm vorgeschriebenen Preise vertreibt. In der Praxis führen Abkommen dieser Art sowohl für Fabrikanten als auch für Händler zu einem oft sehr scharfen Organisationszwang.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Das Mitglied Wilhelm Fichtner in Essen (Buch-Nr. 10 040) ist aus dem Verbandsverbande ausgetreten, weil er sich derartige Verfehlungen hatte zuschulden kommen lassen, daß er seinen Ausschluß zu erwarten hatte. Auf Antrag der Zahlstelle Essen hat der Verbandsvorstand beschlossen, daß Fichtner einem ausgeschlossenen Mitgliede gleichzuwerden ist, also nur dann wieder in den Verband aufgenommen werden kann, wenn die Genehmigung des Verbandsvorstandes dazu vorliegt.

Durch die Nachmusterungen der früher Untauglichen werden uns jetzt so viele tüchtige Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute zum Kriegsdienst eingezogen, welche für bereits eingezogene Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute als Stellvertreter eingezogen waren und ausnahmslos alle ihre Fähigkeiten daransetzten, daß auch unter ihrer Leitung die Verbandsgeschäfte gut weitergeführt wurden.

Wir erkennen freudig diese aufopferungsreichen Mühn dieser Kollegen an, geben uns aber der sicheren Erwartung hin, daß sich auch jetzt wieder überall tüchtige Verbandsmitglieder dazu bereitfinden, für die jetzt zum Kriegsdienst eingezogenen die Geschäfte zu übernehmen und in derselben Weise, wie diese es getan haben, für prompte Erledigung aller Verbandsgeschäfte in den Verbandsorten zu sorgen.

Mögen sich noch so große Schwierigkeiten der ferneren Tätigkeit der Organisation in dieser schweren Zeit in den Weg stellen, der feste Wille und Opfermut unserer Mitglieder muß auch diese restlos überwinden, zum Nutzen der Allgemeinheit!

Der Verbandsvorstand.

J. A. O. Allmann, Vorsitzender.

### Kriegsverluste des Verbandes.

- Bezirk Dresden.** Paul Kuhnert (Meißen), 30 Jahre alt, gefallen am 12. September in Rußland.
- Bezirk Frankfurt a. M.** (Höchst a. M.) Karl Siegle, 28 Jahre alt, gefallen am 15. September in Frankreich.
- Bezirk Halle a. d. S.** Richard Thomas, Schokoladenarbeiter, 28 Jahre alt, verstorben in einem Kriegslazarett in Rußland.
- Bezirk Magdeburg.** Karl Hausmann, 31 Jahre alt, gefallen am 25. September im Westen.
- Bezirk Wiesbaden.** Anton Fischbach, 39 Jahre alt, gestorben am 2. September infolge Verwundung im Feldlazarett im Osten.
- Carl Faas, 20 Jahre alt, gefallen am 16. Mai im Osten.

Eure ihrem Andenken!

### Korrespondenzen.

#### Bäcker.

Frankfurt a. M. Ueber Tag- oder Nacharbeit sprach am 24. September Kollege Kohl-Hamburg in der „Postenblüte“ und erörterte nach einem geschichtlichen Ueberblick der ganzen Frage die Petition der drei Gehilfenverbände und die Regierungsvorlage sowie die Verhandlungen der Interessenträger mit der Regierung. Von den zur Versammlung geladenen Reichstagsabgeordneten lagen wegen Behinderung Entschuldigungsschreiben vor. Genosse Dr. C. u. r. c. hatte geschrieben, er bitte, den Versammelten mitzuteilen, daß er die Weibehaltung jenes Verbots über die Kriegszeit hinaus für eine unbedingte Notwendigkeit halte. Die Meister hätten sich damit abgefunden, das Publikum sei nunmehr daran gewöhnt und für die Gehilfen wäre die Abschaffung der Nacharbeit eine ungeheure Kulturwohltat. Jeder Versuch der Wiedereinführung müsse deshalb verhindert werden; das werde seine Haltung im Reichstag bestimmen. Die Verwaltung des Konsumvereins, die ebenfalls verhindert war, ließ durch den Verammlungsleiter die Erklärung abgeben, daß es nicht unerwähnt bleiben dürfe, daß gerade die Genossenschaftsbetriebe in finanzieller Beziehung sowie in ihrer bisherigen Produktionsweise am schwersten beeinträchtigt werden, da die große Mehrzahl der Genossenschaftsbetriebe durch Reichelschichten bisher keine regelmäßige Nacharbeit hatte. Die Genossenschaftsbetriebe werden sich jedoch durch Betriebsveränderungen der Situation anpassen, um ihren Mitgliedern gerecht zu werden. Aus sozialpolitischen Rücksichten bringen sie der Gehilfenpetition Sympathie entgegen und wünschen Erfolg. Die Brotfabrikanten-Vereinigung war nicht vertreten, die Bäckerinnung durch drei Mitglieder. Herr Obermeister Ochs präzipierte seinen Standpunkt als Vertreter der handwerksmäßigen Kleinbetriebe dahin, daß er in der Beseitigung der Nacharbeit eine Schädigung der Arbeitgeber, insbesondere der Kleinmeister, erblickt; vom Standpunkte der Arbeiter habe der Referent recht, weil die Interessen der Meister andere sind als die der Arbeiter. Weit entschiedener bekämpfte der stellvertretende Obermeister Herr Hörner die Regierungsvorlage, weil sie der Großbetrieben Vorrechte einräume. Wenn schon die Nacharbeit beseitigt bleiben solle, so unmöglich nach der Regierungsvorlage. Wenn die Mehrzahl

der Meister sich bisher für die Beseitigung der Nacharbeit entschieden habe, so nur unter dem Gesichtspunkte, daß die jetzige Betriebsweise für alle Klein- und Großbetriebe beibehalten werde. Auch besürchte er, daß die Gebäcksart eine andere werde und davon die Großbetriebe einen Vorteil haben werden. Aus Gehilfenkreisen verteidigten mehrere Redner den Gehilfenstandpunkt und versuchten an praktischen Beispielen nachzuweisen, daß die Besürchtungen der Meister unbegründet sind. Ein Richtungsmeister, der sich als Kleinmeister bezeichnete, bekannte sich als Befürworter der Tagarbeit und erklärte, die Einführung der Tagarbeit sei gleichbedeutend mit der Menschwerdung der Bäcker, Meister wie Gehilfen und deren Familien (großer Beifall). Der Kampf um die dauernde Beseitigung der Nacharbeit sei gerecht und er wüßte, daß Meister wie Gehilfen in dieser gerechten Sache bis zum vollen Siege dafür eintreten. Nach einem kurzen beifälligen Schlußwort des Referenten, der noch einige Besürchtungen der Arbeitgeber widerlegte, wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die gemeinschaftliche Versammlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Bäckers- und Konditorenengewerbes erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie spricht die Ueberzeugung aus, daß auch nach dem Kriege die Nacharbeit dauernd beseitigt bleiben kann, ohne daß dem Gewerbe irgendwelcher Schaden erwächst. Des ferneren erklärt die Versammlung, daß ein Verbot der Sonntagsarbeit sehr wohl durchführbar ist, da die Möglichkeit gegeben ist, am Tage vorher bereits das erforderliche Weißgebäck für den Sonntagsbedarf herzustellen. Die Versammlung erwartet von der Reichsregierung, daß sie den in der Petition der drei Arbeiterorganisationen an den Reichstag und Bundesrat gerichteten Wünschen durch Schaffung eines entsprechenden Gesetzes Rechnung tragen möge zum Wohle der Berufsangehörigen sowie des ganzen Gewerbes.“ Die Innungsvertreter enthielten sich der Abstimmung.

Wiesbaden. Die am 27. September hier stattgefundenere Versammlung, in der Kohl-Hamburg über die Nacharbeit sprach, war ebenso wie die in Frankfurt a. M. von Meistern besucht und nahm einen ähnlichen Verlauf wie dort. Erreuerlicherweise war aber hier zu konstatieren, daß der Innungsvorstand erklären konnte, die Innung sei ebenfalls für die dauernde Beseitigung der Nacharbeit, und die Anfangszeit der Arbeit, ob um 6 oder 7 Uhr morgens, wäre ihr ziemlich gleich. Auch werde sie sich damit abfinden, wenn die Sonntagsarbeit verboten werde, Beschlüsse habe sie bisher in der Frage noch nicht gefaßt. Auf dem Obermeistertage seien von 12 Innungen nur 3, und zwar Frankfurt a. M., Gießen und Pomburg v. d. G. für die Wiedereinführung der Nacharbeit gewesen. Der in der Versammlung mit anwesende Fortbildungslehrer erklärt, daß durch ein Entgegenkommen der hiesigen Bäckermeister durch mehr Freigabe von Zeit an die Lehrlinge er die vom Referenten erwähnten Folgen der Nacharbeit während des Fortbildungsunterrichts nicht in dem Maße wahrgenommen habe. Wenn aber das Gewerbe die Nacharbeit entbehren kann, so begrüße er als Lehrer dies sehr; denn sicher ist, daß die Nachruhe der Lehrlinge die Aufnahmefähigkeit beim Fortbildungsunterricht günstig beeinflusst. Nachdem der Vorsitzende Grammel und Kollege Hummel kurz in der Diskussion im Sinne der Petition gesprochen hatten, wurde nach einem beifälligen Schlußwort Kohls die gleiche Resolution wie in Frankfurt a. M. einstimmig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern angenommen.

### Sozialpolitisches.

Eine Bundesratsverordnung gegen den Wucher. Eine jetzt vom Bundesrat erlassene Verordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel umfaßt neun Paragraphen und hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungsmittel und Futtermitteln aller Art, sowie rohen Naturerzeugnissen, Feiz- und Leuchtstoffen oder mit Gegenständen des Kriegsbedarfes ist zu unterjagen, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Handelstreibenden in bezug auf den Handelsbetrieb dartun. Das Handelsgewerbe, dessen Betrieb unterjagt wird, ist genau zu bezeichnen. Die Unterjagung ist im Amtsblatt der unterjagenden Behörde und im „Reichsanzeiger“ bekanntzugeben. Bei der Feststellung der Tatsachen, welche die Unzuverlässigkeit in bezug auf den Handelsbetrieb dartun, sind insbesondere zu berücksichtigen: Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Höchstpreise, Vorratserhebungen, Preisausschlag und übermäßige Preissteigerung.

§ 2. Die Unterjagung des Handelsbetriebes erfolgt für das Reichsgebiet. Ist dem Handelstreibenden für den unterjagten Handelsbetrieb ein Erlaubnischein (Wandergewerbeschein, Legitimationskarte und dergleichen) erteilt, so hat die Unterjagung den Verlust dieses Scheines ohne weiteres zur Folge. Die Behörde, die den Betrieb unterjagt hat, kann seine Wiedereinnahme gestatten, sofern seit der Unterjagung mindestens drei Monate verlossen sind.

§ 3. Der Reichskanzler und die Landeszentralbehörden können anordnen, daß der Beginn des Handels mit Gegenständen der bezeichneten Art allgemein oder unter bestimmten Voraussetzungen einer Erlaubnis bedarf. Die Erlaubnis darf nur verjagt werden, wenn gegen den nachsuchenden Tatsachen vorliegen, die seine Unzuverlässigkeit in bezug auf den Handelsbetrieb dartun. Auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen sind die Vorschriften nicht anzuwenden. Der Wandergewerbeschein und die Legitimationskarte sind aber zu verjagen, wenn bei demjenigen, für welche sie beantragt werden, die bezeichneten Voraussetzungen zutreffen.

§ 4. Gegen die Unterjagung des Betriebes und gegen die Verjagung der Erlaubnis ist nur Beschwerde zulässig. Sie hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 5. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu M. 10 000 wird bestraft, wer der gegen ihn ergangenen Unterjagung des Handelsbetriebes widerhandelt und wer den Handelsbetrieb ohne die erforderliche Erlaubnis beginnt.

§ 6. Im § 6 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914, wird folgender Absatz eingefügt:

In den Fällen der Nr. 1 und 2 kann neben der Strafe angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzugeben ist. Auch kann neben

Bestrafung auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 7. Im § 5 der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli dieses Jahres wird folgender Absatz 6 eingefügt: Neben Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 8. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmung zur Ausführung dieser Verordnung.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Sine längst notwendige Verordnung, die eigentlich nie wieder außer Kraft gesetzt werden braucht. Die Hauptsache ist aber, daß überall ein Überwachungsdienst des Handels organisiert wird.

Die Volksernährung hat bis jetzt schon 77 ihrer Mitarbeiter, Rechnungsführer und Vertrauensleute in Kriege verloren und dadurch einen sehr empfindlichen Verlust für ihre Organisation zu beklagen. Zeitweise mußten in den einzelnen Rechnungsjahren die Personen der Rechnungsführer schon dreimal ersetzt und die Ersatzleute neu eingearbeitet werden; die Belegschaft der einzelnen Vertrauensleute mußte zum Teil fast wiederholt ganz neu organisiert werden. Alle diese Schwierigkeiten können nur durch tatkräftige Unterstützung durch die Gewerkschaften und Genossenschaften überwunden werden. Das trotz alledem der Betrieb der Volksernährung ohne besondere Bemerkung weitergeführt und der Versorgungsbestand auf der Höhe, wie er bis zum Ausbruch des Krieges erreicht war, erhalten werden kann, ist ein sehr ehrenvoller Beweis für das Vertrauen, das sich die Volksernährung im Laufe bereits erworben hat. — Für die dritte Kriegsanleihe hat die Volksernährung A. 200 000 gezeichnet.

**Gewerkschaftliche Kundschau**

(1) Die kanadischen Gewerkschaften im Jahre 1914. Dem letzten erschienenen Jahresbericht 1914 des kanadischen Arbeitersamtes entnehmen wir die folgenden Angaben: Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug 1911 133 132, 1912 160 120, 1913 175 799, 1914 166 163. Infolge des Krieges trat als ein Rückgang von 9636 Mitgliedern ein. Von der Gesamtzahl gehören 104 482 Mitglieder zu sogenannten „internationalen“ Gewerkschaften, die ihren Sitz in den Vereinigten Staaten haben. In das Jahr traten bis Ende Dezember 3498 Mitglieder als Retirats, 417 als Retirats ein.

Die Gewerkschaften am Schlusse des ersten Kriegsjahres. In welchem Ausmaß die Gewerkschaften während des Krieges wiederholt bemüht, durch Erhebungen bei den ihr angeschlossenen Verbänden den Verlauf des Krieges auf die Gewerkschaften hinwirkend darzustellen. Die letzte dieser Erhebungen wurde am 31. Juli vorgenommen.

Die der Generalkommission angeschlossenen Verbände zählten am Schlusse des zweiten Quartals 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges, 2510 365 Mitglieder. Dagegen betrug der Mitgliederbestand am 31. Juli dieses Jahres 1 180 049. Auch während des Krieges hielten die Gewerkschaften ihre Bemühung nicht völlig ein, was durch die Tatsache belegt wird, daß die Statistik 243 837 neu eingetretene Mitglieder verzeichnet. Der einzigen Verbänden in dem Jahresbericht am neuen Mitglieder sogar recht beträchtlich. So registriert der Metallarbeiterverband allein 31 943 Neuantritte, der Bauarbeiterverband 23 444 und vier weitere Verbände zusammen über 10 000 bis 20 000 neue Mitglieder.

Die Zahl der Eingetragenen hat sich während des Krieges beträchtlich vermindert. Bis zum 31. Juli waren 1 091 094 = 47,7 v. H. zum Gewerkschaft eingetragene. Der Prozentsatz der Eingetragenen ist in den einzelnen Verbänden sehr verschieden. Er liegt von 23,6 v. H. bei den Tabakarbeitern bis auf 82,2 v. H. bei den Köchinnen.

Von der Berichterstattung über den Stand der Arbeitlosigkeit wurden 1 135 095 Mitglieder erfaßt. Davon waren am 31. Juli, dem Erhebungsstage, 36 095 = 3,2 v. H. arbeitslos. Infolgedessen arbeiteten noch 44 379 Mitglieder bei vorübergehender und vorläufiger Arbeit. Durch die Kündigung von Arbeitern während des Jahres bedingte Erhebung wurde festgestellt, daß von je 100 Mitgliedern 21,2 arbeitslos waren. In Gegenüberstellung der Prozentzahlen an den beiden von Romas aneinanderliegenden Erhebungsstagen ergibt die bei Ausbruch des Krieges herbeigeführte plötzliche Unterbrechung des öffentlichen Lebens und die weitere eingetretene Erhebung der Arbeitslosigkeit. In auch die Erhebung auf dem Arbeitsmarkt zeigt den Rückgang nach unten, so werden doch einzelne Berufe recht erhebliche Arbeitslosigkeit auf sich zu ziehen. Bei der Erhebung am 31. Juli betrug die Zahl der arbeitslos 36 095 = 3,2 v. H. arbeitslos. Dieser waren hohe Stand der Arbeitslosigkeit in der Statistik auf die weiblichen Mitglieder anzuwenden, die in 42,5 v. H. arbeitslos waren. 5 Berufe hatten 16 bis 15, 7 Berufe 3 bis 5, 17 Berufe 1 bis 3 und 11 Berufe weniger als 1 v. H. arbeitslos. Die Zahl der Mitglieder, die in den verschiedenen Gewerkschaften arbeiteten, betrug am 31. Juli 1 180 049. Infolgedessen arbeiteten noch 44 379 Mitglieder bei vorübergehender und vorläufiger Arbeit. Durch die Kündigung von Arbeitern während des Jahres bedingte Erhebung wurde festgestellt, daß von je 100 Mitgliedern 21,2 arbeitslos waren. In Gegenüberstellung der Prozentzahlen an den beiden von Romas aneinanderliegenden Erhebungsstagen ergibt die bei Ausbruch des Krieges herbeigeführte plötzliche Unterbrechung des öffentlichen Lebens und die weitere eingetretene Erhebung der Arbeitslosigkeit. In auch die Erhebung auf dem Arbeitsmarkt zeigt den Rückgang nach unten, so werden doch einzelne Berufe recht erhebliche Arbeitslosigkeit auf sich zu ziehen. Bei der Erhebung am 31. Juli betrug die Zahl der arbeitslos 36 095 = 3,2 v. H. arbeitslos. Dieser waren hohe Stand der Arbeitslosigkeit in der Statistik auf die weiblichen Mitglieder anzuwenden, die in 42,5 v. H. arbeitslos waren. 5 Berufe hatten 16 bis 15, 7 Berufe 3 bis 5, 17 Berufe 1 bis 3 und 11 Berufe weniger als 1 v. H. arbeitslos. Die Zahl der Mitglieder, die in den verschiedenen Gewerkschaften arbeiteten, betrug am 31. Juli 1 180 049.

In Unterabteilung der Arbeitlosen hat die Zahl der arbeitslos am 31. Juli 1914 betrug 36 095. Infolgedessen arbeiteten noch 44 379 Mitglieder bei vorübergehender und vorläufiger Arbeit. Durch die Kündigung von Arbeitern während des Jahres bedingte Erhebung wurde festgestellt, daß von je 100 Mitgliedern 21,2 arbeitslos waren. In Gegenüberstellung der Prozentzahlen an den beiden von Romas aneinanderliegenden Erhebungsstagen ergibt die bei Ausbruch des Krieges herbeigeführte plötzliche Unterbrechung des öffentlichen Lebens und die weitere eingetretene Erhebung der Arbeitslosigkeit. In auch die Erhebung auf dem Arbeitsmarkt zeigt den Rückgang nach unten, so werden doch einzelne Berufe recht erhebliche Arbeitslosigkeit auf sich zu ziehen. Bei der Erhebung am 31. Juli betrug die Zahl der arbeitslos 36 095 = 3,2 v. H. arbeitslos. Dieser waren hohe Stand der Arbeitslosigkeit in der Statistik auf die weiblichen Mitglieder anzuwenden, die in 42,5 v. H. arbeitslos waren. 5 Berufe hatten 16 bis 15, 7 Berufe 3 bis 5, 17 Berufe 1 bis 3 und 11 Berufe weniger als 1 v. H. arbeitslos. Die Zahl der Mitglieder, die in den verschiedenen Gewerkschaften arbeiteten, betrug am 31. Juli 1 180 049.

Die Zahl der arbeitslos am 31. Juli 1914 betrug 36 095. Infolgedessen arbeiteten noch 44 379 Mitglieder bei vorübergehender und vorläufiger Arbeit. Durch die Kündigung von Arbeitern während des Jahres bedingte Erhebung wurde festgestellt, daß von je 100 Mitgliedern 21,2 arbeitslos waren. In Gegenüberstellung der Prozentzahlen an den beiden von Romas aneinanderliegenden Erhebungsstagen ergibt die bei Ausbruch des Krieges herbeigeführte plötzliche Unterbrechung des öffentlichen Lebens und die weitere eingetretene Erhebung der Arbeitslosigkeit. In auch die Erhebung auf dem Arbeitsmarkt zeigt den Rückgang nach unten, so werden doch einzelne Berufe recht erhebliche Arbeitslosigkeit auf sich zu ziehen. Bei der Erhebung am 31. Juli betrug die Zahl der arbeitslos 36 095 = 3,2 v. H. arbeitslos. Dieser waren hohe Stand der Arbeitslosigkeit in der Statistik auf die weiblichen Mitglieder anzuwenden, die in 42,5 v. H. arbeitslos waren. 5 Berufe hatten 16 bis 15, 7 Berufe 3 bis 5, 17 Berufe 1 bis 3 und 11 Berufe weniger als 1 v. H. arbeitslos. Die Zahl der Mitglieder, die in den verschiedenen Gewerkschaften arbeiteten, betrug am 31. Juli 1 180 049.

Stapagen des Felddienstes bedürfen. Diese Hilfeleistung darf den Gewerkschaften nicht allein überlassen bleiben. Hier ist es Pflicht des Reiches, einzugreifen und ausreichende Mittel für die Hilfsbedürftigen zur Verfügung zu stellen. Es muß anerkannt werden, daß auf Anforderung der Gewerkschaftsvertreter die Reichsregierung weitere 200 Millionen Mark dem Hilfsfonds für die durch den Krieg in ihrer Lebenshaltung Beeinträchtigten und für die Familien der Kriegsteilnehmer überwiesen hat. Pflicht der Reichsregierung ist es, zu gegebener Zeit die zur Hilfeleistung erforderlichen Mittel bereitzustellen.

**Allgemeine Kundschau**

Die Brotfrage in Frankreich. Mit der Frage der französischen Brotversorgung beschäftigt sich in der „Humanité“ ein sozialistischer Korrespondent, der ein tatkräftiges Eingreifen der Regierung verlangt, um die Brotversorgung zu organisieren. Aus Mangel an staatlicher Aufsicht hat die Brotversorgung des ersten Kriegsjahres unter erheblichen Nachteilen zu leiden gehabt. Im Sommer 1914 entrieffen die Getreidehändler von Bayern die Ernte zu einem Preise von weniger als Fr. 30 für 100 kg. Sie veräußerten sodann den Getreide für Fr. 35, während der Kornzoll aufgehoben worden war. Der Preis stieg auf Fr. 40 gestiegen sein, wenn die Regierung nicht mit einer Requisition der vorhandenen Kornvorräte zum Preise von Fr. 32 gedroht hätte. Die Ernte 1914 war nicht schlecht, aber sie konnte nicht gänzlich eingetraget werden, teils infolge der deutschen Invasion, teils infolge des Aufmarsches der Armeen. Frankreich war gezwungen, den fehlbetrag durch Einfuhr zu decken und hierzu nicht weniger als 300 Millionen Francs in Gold an das Ausland zu zahlen. Der Brotpreis stieg in den Großstädten auf 45 und 50 Centimes für das Kilo.

Die französische Kammer legte eine Kommission ein, um die Frage der Brotversorgung für das Jahr 1915/16 zu untersuchen. Die ihr angehörenden sozialistischen Mitglieder erklärten, es gäbe nur zwei Wege, die Frage vernünftig zu lösen: entweder übernimmt der Staat die ganze Brotversorgung oder er unterwirft den Getreide- und Mehlhändler einer gewissen Zensur. Die Regierung und die Kammer entschieden sich für die letztere Methode, wobei folgende Fragen zu lösen sind:

- 1. Die Versorgung der Bevölkerung und der Armee mit Brot bis zur nächsten Ernte; 2. Verhinderung von Börsenspekulationen zum Zweck eines Preisrückfalls von Seiten der Getreidehändler beim Abkauf der Ernte von den Landwirten; ebenso Verhinderung einer Preissteigerung beim Verkauf der Kornvorräte an die Mäcker und beim Verkauf des Mehls an die Bäder; 3. Einschränkung oder Unterdrückung des Goldabflusses nach dem Auslande.

Frankreich verbrauchte jährlich 95 Millionen Zentner Kornmehl. Die diesjährige Ernte beläuft sich auf 75 Millionen Zentner, wovon 10 Millionen auf Saatgut abgehen. Es fehlen demnach 20 Millionen Zentner, die man vom Auslande zum Durchschnittspreis von Fr. 33 für den Zentner haben könnte, was eine Ausgabe von 660 Millionen Franc in Gold verursachen würde. Wenn auch Frankreich noch eine gewisse Warenzufuhr hat, so genügt sie doch nicht, die Kornzufuhr zu decken, da noch eine ganze Menge anderer Waren, besonders Rohle und Kriegsmaterial, eingeführt wird.

Der Arbeiter der „Humanité“ macht folgende Vorschläge: 1. Der Staat erhält das ausschließliche Recht der Kornzufuhr; 2. er erhält auch die Befugnis, inländisches Korn zum Preise von Fr. 30 für den Zentner zu rekurrieren. Um aber das Risiko an Korn, das gegenwärtig 20 Millionen Zentner beträgt, möglichst herabzusetzen und demgemäß die Weizenzufuhr empfindlicher zu machen, mußte man den Weizen weniger zu kaufen, wodurch der Preisanstieg der Mehlpreise erheblich vermindert würde. Es würde sich 7 Millionen Zentner sparen. Es bliebe nur noch ein Risiko von 13 Millionen Zentner, das man durch Reis, Weizen und Kartoffelmehl decken könnte. Auf diese Weise würde Frankreich dem Goldabfluss von mindestens 600 Millionen Franc vorbeugen.

**Für die Arbeiterinnen**

Ein amerikanischer Gewerkschaften-Kongress hat in New York in der ersten Juniwoche stattgefunden. Der ausführliche Bericht, der jetzt vorliegt, ist ein dickes Buch geworden. Es waren 50 Delegierte anwesend, die in 18 Komitees arbeiteten. In einer großen Massensammlung wurde der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Gompers, zur Frage des Frauenstimmrechts, die für die Frauen des Staates New York und anderer Staaten mit der Herbstwahlperiode in ein aktives Stadium tritt. Die Frauenstimmrechtsfrage liegt sich natürlich in ausgedehnter Nähe auf die Rechte der Gewerkschaftlerinnen. Alle verschiedenen Stimmrechtsvereinigungen haben daher auch dem Kongress Obhut und Sympathiebekundungen übermittelt. Von der praktischen Arbeit der Komitees ist erwähnenswert: Berichte und Beschlüsse über Arbeitslosigkeit, Fabrikarbeitslosigkeit gegen Feiertage, Minimallohnfragen, Propaganda und Gründung neuer Verbände, Frauenstimmrecht, Unterricht für Rednerinnen und Organisationsfragen. Die Pressekommission stellt zum großen Bedauern aller Delegierten mit, daß die langjährige Redakterin des „Lift and Labor“, Mrs. Ferris, von ihrem Posten zurücktreten wird, um sich ganz der Fertigstellung ihres noch im Laufe des Jahres erscheinenden Buches „The Trade Union Woman“ zu widmen und schließlich das Amt der Sekretärin und Leiterin der Unterabteilung zu übernehmen. Mrs. Ferris wurde vom Kongress in Anerkennung ihrer außerordentlichen Verdienste um das Blatt sehr geehrt. Mit großem Beifall wurden Größe und Hochachtung aus dem Auslande, das in diesem Jahre auf dem Kongress nicht vertreten war, entgegengenommen. So kamen bedeutende Rednerinnen aus dem Kongress von den englischen, kanadischen, australischen und österreichischen Gewerkschaftlerinnen. Ganz besonderes Interesse fand der Brief des amerikanischen Bundesrats Mrs. Taylor und der ihr beigefügten Bericht General Gompers über die deutsche Bewegung, ebenso der ausführliche Bericht der kanadischen Gewerkschaftlerinnen.

Auch der Krieg fand ein Echo in den Verhandlungen des Kongresses, vor allem in einem Protest, der die tiefste Mitleid über die russischen Judenverfolgungen ausdrückt, und in einer Resolution, die sich der Friedenspropaganda anschließt, für die der Sekretär des New Yorker Gewerkschaftsbundes, Ernst Bohm, und der Arbeiter-Friedensrat die Richtlinien aufgestellt haben. Endlich wurde der Bericht der Delegatin Miss Senora O'Malley, die der Frauengewerkschaftsbund zum Kongress Frauen-Friedenskongress entsandt hatte, entgegengenommen.

**Literarisches**

Der Friede und die Internationale. Hugo Börsch hat unter obigem Titel eine gedrängte, aber überaus wichtige Zusammenstellung der wichtigsten Stimmen veröffentlicht, die als Echo der Friedensbestrebungen der deutschen Sozialdemokratie aus dem Auslande zu uns herüberdrängen. Die vierundzwanzigseitige Schrift kostet trotz guter Ausstattung nur 10 Pf. und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen. Sie bildet das namhafte Heft einer Zeitschrift, welche der Verlag der Internationalen Korrespondenz, Berlin, Nordost, unter dem Sammeltitel „Kriegsprobleme der Arbeiterklasse“ in rascher Folge erscheinen läßt. Börsch sagt im Vorwort über den Zweck der Schrift: „Schnell und erwartungsvoll die Menschheit den Frieden. Von der Sozialdemokratie, die immer eine Friedenspartei gewesen, erwartet die Bevölkerung, daß sie die Initiative ergreife. Die deutsche Partei hat nach dieser Richtung hin ihre volle Schuldigkeit getan. Leider hat sie bei den Sozialdemokraten des feindlichen Auslandes kein Entgegenkommen gefunden. Diese Tatsachen sind aber in den Kreisen der deutschen Parteigenossen nicht genügend bekannt, aber es sind die Einzelheiten in Vergessenheit geraten. Ich bin deswegen der Aufforderung des Verlags der Internationalen Korrespondenz, das Material zu sammeln und in möglichst gedrängter Form zu vereinigen, gern nachgekommen. Das Schriftchen erhebt nicht den Anspruch, etwas durchaus Neues zu bringen, auch nicht den Anspruch, vollkommen lückenlos zu sein (mußte ich mich doch auf die drei wichtigsten Länder beschränken); aber ich denke, die in der Lage sind, die Parteiliteratur, auch die des Auslandes, zu verfolgen, dürfte die Zusammenstellung zu schneller Orientierung willkommen sein.“

**Spätestens am 9. Oktober ist der 12. Wochenbeitrag für 1915 (10. bis 16. Oktober) fällig.**

**Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen**  
(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

- Freitag, 10. Oktober:**  
Essen a. d. R.: Vorm. 10 Uhr im Hotel „Groß-Essen“ Steeler Straße. — Sonneberg-Coburg: 3 Uhr bei der in Reustadt (Bezirksleiter anwesend).
- Freitag, 12. Oktober:**  
Ebenach: 3 Uhr, „Zum weißen Hirsche“.
- Sonntag, 16. Oktober:**  
Galle a. d. S.: 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Parz. 49/1.

**Anzeigen**

[A. 4,50] **Nachruf.**  
Auf dem Schlachtfeld gefallen ist unser braver Kollege  
**Carl Todtenhaupt**  
langjähriger Kassierer der Zahlstelle Gelsenkirchen.  
Die Verbandsmitglieder des Bezirks Essen werden das Andenken dieses braven Mitarbeiters in unserer Organisation stets in Ehren halten.  
Zahlstelle Essen a. d. Ruhr.

[A. 4,20] **Nachruf.**  
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 12. September in Russland unser Vorstandsmitglied  
**Paul Kubnert**  
im Alter von 30 Jahren. Wir werden den braven und immer arbeitsfreudigen Kollegen und Mitarbeiter stets in gutem Andenken behalten.  
Zahlstelle Weissen.

Suche halbe oder ganze Tage Beschäftigung in Weissen, möglichst für mein Geschäft die Ware beziehen. [A. 1,50] Frau K. K., Hamburg-Neubrandenburg, Neust. 1.  
**Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen**  
decken ihren Bedarf am besten bei  
**Hans Berntsen, Schwelmermeister, Heugasse 2, 1.**